

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2011
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 28.06.2011
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Änderung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
Vorlage: 0539/2011
7. Einführung der Ehrenamtskarte NRW in der Stadt Hagen
Vorlage: 0440/2011
8. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen
9. Geschäftsbericht 2010 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0579/2011
10. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2010
Vorlage: 0581/2011
11. Sachstandsbericht "Suchtberatung unter einem Dach"
Vorlage: 0566/2011
12. Sachstand "Kinderschutz in Hagen"
Vorlage: 0543/2011

13. Kooperationsvereinbarung zur Prävention von Kriminalität im Kindes- und Jugendalter
Vorlage: 0536/2011
14. Offene Ganztagschule
6. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen - Neufassung der Geschwisterkindregelung
Vorlage: 0490/2011
15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er weist auf die ausgelegten Berichte hin (Geschäftsbericht 2010 und Jahresberichte der freien Träger der Jugendhilfe 2010), die in der heutigen Sitzung von der Verwaltung vorgestellt werden und nach der Sommerpause intensiver beraten werden sollen.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Verfahren einverstanden.

2. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass er mit einer hochrangigen Delegation beim Ministerium einen Termin zum Thema „Soziale Stadt“ wahrgenommen habe. Ergebnis sei, dass vorbehaltlich kleinerer Abstimmungen das Projekt „Soziale Stadt“ zu 90 % gefördert würde.

Man gehe von einem Volumen in Höhe von 8 Millionen Euro aus, die sich über einen Zeitraum von zwei Förderperioden erstrecken. Dabei würde anerkannt, dass der 10%ige Anteil aus Spenden kommen könne.

Er führt aus, dass innerhalb dieses Programms Maßnahmen außerhalb der Städtebauförderung nicht mehr unterstützt würden. Da müsse man sich um andere Quellen bemühen. Das sei eine erneute Hürde, die es zu stemmen gelte.

Herr Leicht informiert im Rahmen der KiBiz-Abrechnung darüber, dass die freien Träger die Feststellungsbescheide für 2008 und 2009 erhalten hätten. Die Träger seien aufgefordert worden, die Verwendungsnachweise zu prüfen und zu hinterlegen. Wenn das geschehen sei, läge in Kürze die Betriebsabrechnung für alle vor. Für das Kindergartenjahr 2009/2010 würden die Feststellungsbescheide an die Träger in Kürze versandt.

Herr Strüwer berichtet, dass das Festival „Vielfalt tut gut“ stattgefunden habe. Es sei ein großer Erfolg gewesen.

In der letzten Zeit sei eine Vielzahl von Einladungen an die Ausschussmitglieder ergangen. Es wäre schön, wenn Mitglieder aus diesem Kreis an den Festivitäten teilnehmen könnten.

3. Anliegen der Jugendräte

Frau Borggräfe erklärt, dass es wieder ein Jugendforum geben werde, das von den Jugendräten organisiert werde.

Vom Jugendrat Mitte sei eine Arbeitsgemeinschaft zur Stadtsauberkeit ins Leben gerufen worden. Diese solle vom Jugendrat Hohenlimburg unterstützt werden.

Herr Talash freut sich, berichten zu können, dass die Sparkassenstiftung zugesagt habe, das Projekt „Skateranlage im Hammeckepark“ mit einem Betrag in Höhe von 25.000 Euro zu unterstützen. Mit der Zusage eines weiteren Sponsors über 10.000 Euro sei die Finanzierung der Anlage gesichert. Man hoffe, das Projekt noch in diesem Jahr erfolgreich durchführen zu können.

4. Bündnis für Familien

entfällt

5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erklärt, dass er sich zum Thema KiBizänderungsgesetz in der heutigen Sitzung nicht äußern wolle, da das Gesetzgebungsverfahren in vollem Gange sei.

Er berichtet von einem Projekt der KB Schmiedetechnik in Form eines Betriebskindergartens im Industriegebiet Lennetal. Der Investor plane einen Neubau zu errichten. Es handele sich um ein einzigartiges Projekt mit Modellcharakter. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehe hier im Vordergrund. Es sei geplant, eine therapeutische Praxis und ein ärztliches Behandlungszimmer zu integrieren. Als Betreiber des Kindergartens sei die Arbeiterwohlfahrt ausgewählt worden.

Die Verwaltung befinde sich zurzeit in Gesprächen mit dem Landesjugendamt. Die Angelegenheit werde positiv bewertet.

Die Firma werde eine Bedarfsabfrage mit Begleitung der Hagen Agentur mit den im Lennetal ansässigen Firmen durchführen.

Das Landesjugendamt stelle die Betriebserlaubnis aus und die Verwaltung sei im Rahmen der Jugendhilfeplanung eingebunden. Für die Stadt Hagen sei der Ausbau Ü-3 erklärtes Ziel. Im Moment sei man dabei, die noch offenen Fragen zu klären.

Herr Dr. Schmidt stellt die Frage in den Raum, ob grundsätzlich der Standort für einen Kindergarten in einem Industriegebiet sinnvoll sei.

Herr Strüwer fasst die Fakten noch einmal zusammen. In Zukunft werde die Nachfrage nach Kindergartenplätzen sich verstärken, zumal sich einzelne Träger als Betreiber möglicherweise zurückziehen würden. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt auf den Bedarf reagieren müsse, stelle sich die Frage nach dem Standort oder der Einbeziehung in die Kindergartenbedarfsplanung seines Erachtens nicht. Klar sei, dass bestimmte Emissionswerte eingehalten werden müssten. Auch eine angemessene finanzielle Beteiligung des Trägers müsse eingefordert werden. Er ermutige die Verwaltung, das Projekt mit Vehemenz und Engagement voranzutreiben und positiv zu begleiten.

Herr Dr. Schmidt ist der Meinung, dass es wichtig sei, die folgenden Fragen zu stellen:

„Ist der Standort unter den bestehenden Emissionsbedingungen geeignet? Was ist in dem Fall, wenn die Hälfte der Kinder von auswärts kommen. Wer ist dann zahlungspflichtig?“

Diese Fragen müssten einvernehmlich geklärt werden. Wenn die Fragen geklärt seien, gehe er davon aus, dass dem Projekt nichts mehr im Wege stünde.

Herr Steuber macht deutlich, dass für den Fall, dass der Trägeranteil vom Träger nicht finanziert würde, weil die Kinder nicht aus diesem oder den benachbarten Betrieben stammten, ein Ratsbeschluss und die Zustimmung der Bezirksregierung erforderlich würden. Das müsse in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

Herr Schurgacz erklärt, dass er es erfreulich fände, wenn sich Unternehmen auf diesem Gebiet engagierten. Man müsse jedoch dabei bedenken, dass Kinder in einem Sozialraum aufwachsen. Ein Industriegebiet sei in der Regel kein Sozialraum, den man sich wünsche. Für Kinder sei es wichtig, in dem Gebiet in den Kindergarten zu gehen, in dem sie wohnten. Man habe die Erfahrung gemacht, dass Betriebskindergärten in den ersten Jahren sehr gut florierten. Wenn die Eltern genau diese Problematik erkennen würden, würden sie für ihre Kinder dann doch lieber die Angebote vor Ort nutzen. Dann sei die Nachfrage im Betriebskindergarten nicht mehr in dem Umfang gegeben. Wichtig sei auch das Alter der Kinder. Bei einer Einrichtung für unter Dreijährige halte er einen Betriebskindergarten für sinnvoll.

Herr Reinke möchte wissen, ob es zur Kindertageseinrichtung Jungfernbruch neue Informationen gebe.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass es seine fachliche Meinung sei, dass man alles dransetzen solle, den Kindergarten in die Grundschule zu integrieren. Man habe bereits gewisse Beteiligungen in der Schule durchgeführt. Man sei dort nicht auf großes Entgegenkommen gestoßen. Seines Erachtens sei das für die demographische Entwicklung eines der Modelle, was auch für andere Standorte die künftige Praxis sein sollte. Es werde auch eine Empfehlung der Schulentwicklungs- und der Kindergartenplanung sein, dort, wo es möglich sei und Kosten spare, Einrichtungen zusammenzulegen. Man werde jetzt die Beschlüs-

se zur Kindergartenbedarfsplanung und Schulentwicklungsplanung abwarten und dann eine entsprechende Vorlage starten. Der Gutachter sei der Meinung, dass die bisher kalkulierten Kosten von einer Million Euro deutlich runter zu fahren seien. Wenn sich das so bestätige, werde man dem Ausschuss diesen Vorschlag unterbreiten. Man habe allerdings für die Einrichtung Jungfernbruch noch 2-3 Jahre Zeit.

6. Änderung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
Vorlage: 0539/2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erklärt, dass mit dieser Vorlage das umgesetzt werde, was vom Rat im Rahmen des letzten Sparpakets beschlossen worden sei. Man sei jetzt in der Situation, dass voraussichtlich das letzte Kindergartenjahr in Nordrhein-Westfalen freigestellt werde und das Land die entsprechenden Ausfälle an die Kommunen zahlen werde. Wie werde das in eine entsprechende Betragsstaffel zusätzlich einzuarbeiten sein oder sei das unabhängig davon?

Herr Steuber antwortet, dass man diese Frage auch erörtert habe. Man habe sich außerdem juristisch beraten lassen. Das KiBizänderungsgesetz enthalte ja eine gesetzliche Regelung. Von daher sei die Satzung gar nicht tangiert. Die Regelung könne nur etwas im gesetzlichen Rahmen regeln. Er erläutert den Inhalt der Satzung.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen für Kinder und für Kindertagespflege, wie sie dieser Vorlage als Anlage 1 und 3 beigefügt sind.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Veröffentlichung der Satzungen mit Wirkung ab dem Kindergartenjahr 2011/2012 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

7. **Einführung der Ehrenamtskarte NRW in der Stadt Hagen**
Vorlage: 0440/2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Mook erläutert die Vorlage. Er erklärt, dass sich die Zahl der Kommunen, die die Ehrenamtskarte NRW anböten, inzwischen von 98 auf 115 erhöht hätte. Die Tendenz sei steigend.

Herr Strüwer zeigt sich erfreut darüber, dass mit Einführung der Karte das Ehrenamt eine besondere Würdigung erfahre.

Herr Koslowski möchte wissen, ob es seitens des Landschaftsverbandes die Überlegung gebe, den Besuch der Museen des LVR auch mit ermäßigtem Eintritt anzubieten.

Herr Mook antwortet, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe dieses Anliegen abgelehnt habe. Es werde noch Gespräche darüber geben. Er regt an, dahingehend ein Signal aus dem kommunalen Raum an die Verbandsversammlung zu geben.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Hagen. Angestrebt wird die Einführung zum 01.01.2012.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die zur Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Hagen erforderliche Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen abzuschließen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat vor der Umsetzung das abschließende Hagener Konzept der Ehrenamtskarte NRW vorzustellen.

Vorstellung des Konzepts: 15.12.2011

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

8. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer möchte von Herrn Dr. Brauers wissen, ob man bezüglich der Akzeptanz und der Wahrnehmung des Angebotes inzwischen ein Stück weitergekommen sei.

Herr Dr. Brauers berichtet, dass man große Fortschritte gemacht habe. Derzeit lägen ca. 2000 Anträge vor. Inzwischen habe man 800 bis 900 Bewilligungen aussprechen können. Die Administration des Bildungs- und Teilhabepaketes sei zum größten Teil abgearbeitet. Nun könne man den Blick für andere Geschäftsfelder öffnen. Dazu gehörten der Abschluss von Verträgen mit Teilhabepartnern und die Öffentlichkeitsarbeit, bei der man sich der Hilfe vieler Multiplikatoren wie Kindergärten, Schulen oder Stadtsporthund bedienen wolle. Man wolle auch die Hilfeempfänger selbst ansprechen. Das solle mit Hilfe von Flyern und Anschreiben vollzogen werden. Wenn man die Pressemitteilungen verfolgen, stelle man fest, dass die Nachfrage kritisch wahrgenommen werde. Er sehe das nicht so kritisch. Zunächst müsse die Öffentlichkeitsarbeit greifen. Das brauche seine Zeit. Er sei sehr zuversichtlich, dass das Hilfspaket angenommen werde.

Herr Strüwer möchte wissen, wie viele Antragsteller theoretisch Anträge stellen könnten.

Herr Dr. Brauers erklärt, dass ca. 10.000 – 12.000 Antragsteller Anträge stellen könnten. Da aber jeder Antragsteller mehrere Anträge stellen könne, könne man bei den 2.000 Anträgen nicht davon ausgehen, dass es sich um 2.000 Antragsteller handle.

Herr Fischer möchte wissen, ob es bezüglich der Abläufe zwischen den Antragstellungen beispielsweise im Offenen Ganztage im laufenden Schuljahr mittlerweile Vereinfachungen mit dem Jobcenter gebe. Wäre es jetzt möglich, schuljahresbezogen vorzugehen? Gleiches gelte für die Kindertageseinrichtungen.

Herr Dr. Brauers berichtet, dass am Donnerstag die ämterübergreifende begleitende Arbeitsgruppe einberufen worden sei, um genau diese Fragen abschließend zu klären, welche Möglichkeiten bezüglich der Verwaltungsvereinfachung bei der Kita- und Schulspeisungen existieren.

Herr Strüwer meint abschließend, dass es schön wäre, wenn man unbürokratische Lösungen finden könnte. In der nächsten Sitzung würde man Näheres dazu hören.

9. Geschäftsbericht 2010 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0579/2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber stellt den Geschäftsbericht 2010 anhand einiger Schwerpunkte vor.

Herr Strüwer bedankt sich für den Vortrag und erklärt, dass eine intensive Beratung des Geschäftsberichtes nach der Sommerpause erfolgt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2010 des Fachbereichs Jugend und Soziales in erster Lesung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

10. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2010
Vorlage: 0581/2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Beratung statt. Eine intensive Beratung des Berichts soll nach der Sommerpause erfolgen. Dann soll auch ein Träger vorgeschlagen werden, der dem Ausschuss sein Tätigkeitsfeld vorstellt.

Beschluss:

Der Bericht wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

**11. Sachstandsbericht "Suchtberatung unter einem Dach"
Vorlage: 0566/2011****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Herr Reinke bedankt sich für die Ausführungen. Die Arbeitsgemeinschaft, die sich mit der Thematik beschäftigt habe, habe als Ziel der Umsetzung den 01.07.2011 ins Auge gefasst. Er sei einerseits dankbar für die Ergebnisse, halte aber die Umsetzung der Zeitschiene für zu langsam.

Herr Goldbach ist der Meinung, dass der gesetzte Zeitplan zu 100 Prozent eingehalten worden sei. Man habe seinerzeit gesagt, dass die Umsetzung des umfangreichen Konzeptes bis zum 01.07.2011 auf den Weg gebracht werden sollte. Man habe bisher noch kein Objekt gefunden, das den Erfordernissen gerecht werde. Das sei aber auch nicht bis zum 01.07.2011 vorgesehen gewesen.

Herr Reinke nimmt seine Kritik dahingehend zurück und kritisiert speziell den Umfang der Vorlage, aus der zum Beispiel das Raumkonzept nicht entnommen werden könne.

Er bittet, für die Sitzung des Sozialausschusses in der nächsten Woche und für die Ratssitzung um nähere Informationen bezüglich des Raumkonzeptes und der Leistungsvereinbarung etc.

Herr Strüwer möchte wissen, um welche Räumlichkeiten welcher Träger es sich handele, die an einen Ort zusammengezogen werden sollen.

Herr Goldbach zählt auf, dass es sich einmal um die Räumlichkeiten der AWO in der Böhmerstraße, die des Roten Kreuzes in der Stresemannstraße und der kommunalen Beratungsstelle in der Bergstraße 99 handelt. Es gebe zwei verschiedene Modelle, einmal mit der maximalen Zusammenführung einschließlich der Drogentherapeutischen Ambulanz und einmal eine Minimallösung. Es gebe ein Raumprogramm, das für die Minimallösung 400/450 qm und für die maxi-

male Lösung 600 qm vorsehe. Das Raumprogramm könne bei Bedarf gern im Sozialausschuss vorgestellt werden. Daneben gebe es ein mit dem Gesundheitsamt abgestimmtes Leistungspaket, das wegen seines großen Umfangs bewusst nicht der Vorlage beigefügt worden sei. Es handle sich hier ja nur um einen Zwischenbericht. Das fortgeschriebene Konzept könne dann gern im Jugendhilfeausschuss zu gegebener Zeit vorgestellt werden.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Räumlichkeiten zu akquirieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag für den Trägerverbund abzuschließen.
4. Für die Durchführung der Aufgabenwahrnehmung in den künftigen Räumlichkeiten ist ein Finanzkonzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Beschluss wird bis zum 31.12.2011 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

12. Sachstand "Kinderschutz in Hagen" **Vorlage: 0543/2011**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erläutert die Vorlage. Das ausgearbeitete Konzept könne derzeit nicht umgesetzt werden, weil man von der Bezirksregierung derzeit kein grünes Licht für die Realisierung dieses Projektes bekäme. Er habe heute aus der Spitze der Verwaltung der Auftrag erhalten, darzulegen, was bei Realisierung von frühen Hilfen letztendlich bei den zu gewährenden wirtschaftlichen Hilfen als Kompensation realisiert werden könne. Man sei derzeit gezwungen, auf das Kinderschutzgesetz oder auf grünes Licht der Bezirksregierung zu warten, um tätig zu werden.

Herr Dr. Schmidt erinnert daran, dass man im Rahmen des Haushaltes 2011

überproportional Mittel beantragt habe. Bis zum Jahresende sei eine weitere Million Euro beantragt worden. Der Vorstand wolle natürlich wissen, ob es sich dabei um eine Entwicklung für die kommenden Jahre handle, die statisch fortzuschreiben sei. Er habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass man seit einem Dreivierteljahr eine Hängepartie mit der Kommunalaufsicht habe, was die Umsetzung der Vorschläge der Verwaltung bezüglich der präventiven Hilfen angehe. Bei Einsatz von Mitteln für die präventiven Hilfen könnten zukünftig dann deutlich Mittel im Bereich der Hilfen eingespart werden. Man werde diesen Bericht noch einmal an den Vorstand richten verbunden mit der dringenden Bitte, zeitnah eine Entscheidung zu treffen.

Herr Reinke schließt sich der Kritik an der Bezirksregierung an. Es stelle sich allerdings die Frage, wie dieser Prozess so zustande kommen konnte. Er habe dem Protokoll vom 01.12.2009 entnommen, dass seinerzeit der Auftrag an die Verwaltung ergangen sei, im Sinne der damals vorgelegten Vorlage mit den Trägern zu sprechen und die Ergebnisse bis zum 30.04.2010 dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Warum sei das nicht geschehen? Weiterhin habe er kein Verständnis dafür, dass man jetzt darauf warte, dass die Bezirksregierung Unterlagen einreiche, wenn die Bezirksregierung das Konzept bereits im November 2010 abgelehnt habe.

Frau Klos-Eckermann zeigt sich auch verärgert darüber, dass man seit anderthalb Jahren auf die zugesagte Vorlage warte. Sie habe in der vergangenen Zeit viele Male mit den Verantwortlichen der Stadt gesprochen und beraten, was man bezüglich des Kinderschutzes noch tun könne und wo es mit der Umsetzung Probleme gebe. Sie schildert ihren Eindruck einerseits aus fachlicher Sicht. Andererseits sei sie auch sehr empört darüber, dass der Regierungspräsident den Entwurf im November 2010 abgelehnt habe und dem Ausschuss erst heute eine solche Antwort vorgelegt werde, die sie vor zwei Monaten erbeten habe. Was sei von November 2010 bis heute passiert? Sie rügt die Informationspolitik, was die Ausschussmitglieder angeht. Sie bittet den Ausschuss, eine Aufforderung an den Rat der Stadt Hagen für die Sitzung am 14.07.2011 zu formulieren, unverzüglich mit dem Regierungspräsidenten in Kontakt zu treten, um die zeitnahe Umsetzung der geplanten und vorgeschlagenen Maßnahmen zu präventiven frühen Hilfen zu realisieren.

Herr Strüwer fasst zusammen, dass deutlich geworden sei, dass es notwendig sei, dass die Verwaltung präventiv vorgehen müsse, um den Ärger nicht noch weiter zu erhöhen. Er unterstützt den Vorschlag von Frau Klos-Eckermann bezüglich des Appells an den Rat.

Herr Dr. Schmidt bietet an, bei den kommenden Gesprächen mit der Kommunalaufsicht zu diesem Thema die Fraktionsspitzen des Jugendhilfeausschusses hinzuzubitten, damit deutlich werde, wo die Bremse sitze.

Herr Steuber macht deutlich, dass das Konzept fertig gestellt und realisierungsfähig sei. Es werde aber nicht vom Oberbürgermeister unterschrieben, solange die Bezirksregierung bei ihrer Haltung bleibe. In einer Nothaushaltskommune handle es sich bei den präventiven Hilfen um eine freiwillige Leistung, die nicht

akzeptiert worden sei.

Herr Reinke erinnert daran, dass man die Vorlage am 01.12.2009 beraten habe. Er zitiert den seinerzeit gefassten Beschluss dazu. Dieser Beschluss sei nicht vollzogen worden.

Herr Strüwer bittet darum, dem Jugendhilfeausschuss in der Sache eine Berichtsvorlage vorzulegen.

Herr Dr. Schmidt sagt eine solche Berichtsvorlage zu. Diese werde dann jedoch nur im Jugendhilfeausschuss beraten.

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag und den von Frau Klos-Eckermann formulierten Appell abstimmen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Sachstand „Kinderschutz in Hagen“ zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss fordert den Rat der Stadt Hagen auf, unverzüglich mit dem Regierungspräsidenten in Kontakt zu treten, um die zeitnahe Umsetzung der geplanten und vorgeschlagenen Maßnahmen zu „präventiven frühen Hilfen“ zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

13. Kooperationsvereinbarung zur Prävention von Kriminalität im Kindes- und Jugendalter **Vorlage: 0536/2011**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goebels erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer fragt nach der Zusammenarbeit von Jugendverwaltung und der Polizei.

Herr Goebels und Herr Vitte erklären, dass die Zusammenarbeit zwischen beiden Behörden sehr zufriedenstellend sei.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Abschluss der Kooperationsvereinbarung „Kooperation zur Prävention von Kriminalität im Kindes- und Jugendalter“ zwischen der Stadt Hagen (Fachbereich Kinder, Jugend und Familie) und dem Polizeipräsidium Hagen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

14. **Offene Ganztagschule**
6. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen - Neufassung der Geschwisterkindregelung
Vorlage: 0490/2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Die 6. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich der Stadt Hagen wird beschlossen, wie sie als Anlage 1 Gegenstand dieser Vorlage ist.

Die Vorlage wird zum 01.08.2011 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Herr Fischer bezieht sich auf eine Pressemitteilung bezüglich der Zusage der Bereitstellung von 195 zusätzlichen OGS-Plätzen. In dem Artikel sei auch erwähnt worden, dass damit nicht automatisch die Umsetzung der Bewilligung erfolgen könne, weil der Eigenanteil der Stadt damit noch nicht freigegeben sei. Er möchte wissen, ob bei dem Bewilligungsverfahren beim Regierungspräsidenten nicht automatisch auch geprüft würde, ob die Stadt den Eigenanteil leisten dürfe. Ansonsten mache eine Bewilligung, die nicht umgesetzt werden könne, ja keinen Sinn.

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass in der Regel eine Abstimmung erfolge. Es gebe aber immer wieder auch Fälle, in denen das nicht der Fall sei. Der Regierungspräsident sei nicht sehr glücklich darüber, dass die Bewilligung ausgesprochen sei, die Kommunalaufsicht aber noch Fragen habe. Er persönlich gehe davon aus, dass die Genehmigung komme.

Herr Strüwer möchte wissen, wie die Verwaltung mit den zusätzlichen 195 Plätzen umgehe. Würden diese unter Vorbehalt vergeben?

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass er ein solches Verfahren nicht empfehlen würde. Er würde abwarten, bis die Kommunalaufsicht ihre Zustimmung erteilt habe. Die Enttäuschung der Eltern sei sonst zu groß. Er müsse sich allerdings bei der Schulverwaltung erkundigen, wie es gehandhabt würde. Es habe nach der Zeitungsmeldung bereits über 300 Anrufe gegeben. Es stelle sich die Frage, ob die Praxis das aushalte, den Eltern nicht bereits jetzt einen Platz zuzuweisen.

Herr Fischer ist der Meinung, dass die Anrufe deutlich machten, dass der Bedarf vorhanden sei. Es sei ein unerträglicher Zustand, dass die Eltern nicht wüssten, wie ihr Kind nach den Sommerferien betreut sei. Es bestehe dringender Handlungsbedarf.

Herr Dr. Schmidt geht davon aus, dass innerhalb einer Woche eine Antwort der Kommunalaufsicht vorliege.

Frau Helling bezieht sich auf die Abgabe und den Verkauf von alkoholischen Getränken an Kinder und Jugendliche in dieser Stadt. Gebe es in dem Zusammenhang regelmäßige Kontrollen?

Herr Goldbach berichtet dazu, dass es in dem Bereich eine gute Kooperation zwischen Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei gebe. Es gebe gemeinsame Jugendschutzkontrollen, die regelmäßig durchgeführt würden. Es gebe noch weitere Aktivitäten im Rahmen der Ordnungspartnerschaft. Das größere Problem läge im Bereich der Trinkhallen, Kioske und Tankstellen, wo relativ frei Alkohol gekauft werden könne. Das sogenannte „Vorglühen“ sei weiterhin angesagt bei den Jugendlichen. Es gebe eine Vielzahl von Kontrollen, dennoch könne nicht alles unterbunden werden. Wenn es gewünscht sei, könne man das in Zukunft intensiver zum Thema machen. Dazu könnten Herr Hannusch, der für

den Jugendschutz zuständig sei und ein Kollege vom Ordnungsamt eingeladen werden.

Herr Vitte führt aus, dass er der Jugendschutzbeauftragte der Polizei sei. Man sei regelmäßig unterwegs und achte auf den Alkoholkonsum der Jugendlichen.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.40 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin